

Schweizer EU-Politik: Nach den Verhandlungen IST VOR DEN VERHANDLUNGEN

Was die Briten jetzt gerade entdecken, weiss die Schweiz schon längst: Das Thema Europäische Union (EU) ist nie abgeschlossen, sondern bleibt auch für Nichtmitglieder ein Dauertraktandum auf der politischen Agenda. Für die Schweiz trifft dies in noch viel ausgeprägterem Mass zu als für Grossbritannien. Denn die EU ist unser grösster Handelspartner, unsere Volkswirtschaft ist mit denen der Nachbarländer aufs engste verflochten. Und wir sitzen nicht am Rande des Kontinents, sondern mittendrin, umgeben von Mitgliedstaaten der EU.



Felix E. Müller,
Mitbegründer und
ehem. Chefredaktor
NZZ am Sonntag, Autor
des Buches «Kleine
Geschichte des Rah-
menabkommens»

Deshalb stellt das Ende des Rahmenabkommens zwar das Ende eines Kapitels in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Bern und Brüssel dar, aber sicher nicht das Ende vertraglicher Beziehungen. Die ursprüngliche Idee für ein institutionelles Abkommen war ja genau dies gewesen: Dass damit ein Rahmen definiert würde, der es erlaubt, auf einfache Art und Weise weitere Verträge mit der EU auszuhandeln. Diese hätten dann stets die gleiche Struktur gehabt, gleiche Mechanismen der Überprüfung, gleiche Mechanismen der Kontrolle, gleiche Mechanismen der Streitschlichtung.

Deswegen war es auch logisch, dass die ursprüngliche Initiative für ein Rahmenabkommen aus der Schweiz stammte. Diese wollte nach dem Nein zum EWR das Verhältnis zur EU auf bilateraler Basis in wichtigen Bereichen kontinuierlich ausbauen. Leider verhandelte Bern aber schlecht und wurde von Brüssel ausmanövriert, was weniger die Schuld der Diplomaten, sondern die Folge der Uneinigkeit im Bundesrat und im politischen Bern war. Das Verhandlungsergebnis war dementsprechend aus Schweizer Sicht unbefriedigend.

VERHANDLUNGEN SIND NOTWENDIG

Doch das Ende des Rahmenabkommens bedeutet nicht das Aus für weitere Verträge. Im Moment realisiert die Schweiz gerade, dass ihre Stromversorgung mittelfristig nicht mehr garantiert ist. Ein wichtiger Grund dafür ist das Fehlen eines Abkommens, das die Schweiz besser ins europäische Stromnetz integrieren würde. Daneben finden sich weitere Themen wie etwa Forschung oder gegenseitige Anerkennung von Normen, bei denen die Schweiz an geregelten Beziehungen zur EU sehr interessiert ist. In Brüssel stellt man sich auf den Standpunkt, dass man ohne Regelung der institutionellen Fragen wie Überwachung von Abkommen oder kontinuierliche Rechtsanpassung keine weiteren Verträge mit der Schweiz eingehen werde. Die Gegebenheiten für neue Verhandlungen liegen also auf dem Tisch. Sie werden früher oder später beginnen müssen.

KEIN ENDE BEIM THEMA EU

Leider zeigt sich die Schweiz im Moment etwas EU-müde. Das EDA hat gar kundgetan, man werde sich erst nach den Wahlen von 2023 ernsthaft mit neuen Verhandlungen befassen, was etwas eigenartig anmutet. Denn die Gefahr ist gross, dass die EU in der Zwischenzeit ihre Positionen definiert und öffentlich macht. Das würde die Schweiz sofort in die Defensive versetzen, weil sie auf Ideen der EU-Kommission reagieren müsste. Damit verbessert sie die Chancen nicht, mit ihren Vorstellungen besser durchzudringen. Nein, es ist wirklich so: Es gibt für die Schweiz kein Ende beim Thema EU, nicht einmal eine Verschnaufpause! ◇